

POLIZEIGEWALT IN GUATEMALA

Zusammen mit dem Militär hält die Polizei das Gewaltmonopol des Staates. Das Verständnis von Gewalt ist ziemlich weit gefasst und betrifft je nach Umstand und den involvierten AkteurInnen physische Gewalt, Überwachung, Repression und das Aufrechterhalten einer bestimmten Art von sozialer Ordnung. Dieses Gewaltverständnis hat seine Wurzeln in der Struktur des Staates selbst sowie in der Gesellschaft. Die Gewalt muss deshalb als Teil eines Systems analysiert werden, das sie produziert und gleichzeitig auf sie angewiesen ist.

In Guatemala hatten die Streitkräfte schon immer eine klare Rolle in der Verteilung der politischen Gewalt und der Aufrechterhaltung der pyramidenförmigen sozialen Struktur inne. Das Resultat, das heute gut sichtbar ist, ist eine Gesellschaft, die um eine starke strukturelle Gewalt herum konstruiert ist, die seit der Eroberung ein hohes Mass an Diskriminierung, Ausschluss und Ungerechtigkeit hervorgebracht und aufrechterhalten hat. Dieselbe strukturelle Gewalt hat viele Fälle von Menschenrechtsverletzungen produziert und tut dies auch weiterhin. Diese Menschenrechtsverletzungen arteten vor allem unter der Präsidentschaft von General Ríos Montt zu regelrechten Massakern aus. Der bekannteste Fall ist jener der «Politik der verbrannten Erde», die darin bestand, ganze indigene Gemeinden physisch zu eliminieren. Diese Politik führte zum Genozid am Volk der Maya-Ixiles.



Auch heute richten sich die Gewalt und Missbräuche der Polizei gegen einen ganz bestimmten Teil der guatemaltekischen Bevölkerung: gegen die Armen, die MigrantInnen, Indigene, jene, die für sich für die Verteidigung der Umwelt, des Territoriums und der Menschenrechte einsetzen sowie jene, die die staatlichen Strukturen und ihre Korruption hinterfragen.

Graffiti in der 6^a avenida der Zone 1 von Guatemala-Stadt.

In der letzten Zeit hat sich die Polizeigewalt mit ihren Missbräuchen immer wieder bei Zwangsräumungen und Vertreibungen gezeigt. Rassismus sowie Diskriminierung und Repression des sozialen Protests waren augenfällig.

Allein im letzten Jahr kam es in zahlreichen Fällen zu Gewaltanwendung durch die Polizei gegen die – vor allem indigene – Zivilbevölkerung, die sich für den Widerstand gegen private GrossgrundbesitzerInnen oder milliardenschwere Unternehmen, welche ihr Land ausbeuten wollen, organisierte. Dieselben Unternehmen und Grossgrundbesitzenden zögerten nicht, auf die Kräfte des Staates zurückzugreifen, insbesondere auf die Nationale Zivilpolizei (PNC), um sich des Problems zu entledigen und die Bevölkerung zu vertreiben.

Im Jahr 2017 gab es über zehn gewaltsame Räumungen, die von der PNC durchgeführt wurden, in einigen Fällen in Zusammenarbeit mit dem Militär.

Im Folgenden eine Zusammenstellung der Räumungen von Januar bis November 2017¹:

Räumungen 2017

Name der Gemeinde	Datum der Räumung	Betroffene Familien	Beteiligte PNC, Soldaten und private Wachleute
Santa Inés, Santa Cruz Verapaz	5. Januar	20	300 PNC
San Miguel Palotada, San Luis Petén	24. Januar	8	700 PNC 300 Soldaten
Parcelamiento La Chácara, km 106.4 alte Strasse nach Puerto San José, Escuintla	25. Januar	60	300 PNC
Las Brisas del Mirador, Zone 8 von Mixco	3. März	100	500 PNC Policía Municipal von Mixco
Nueva Sebax y Nuevo San Nicolás, Senahú Alta Verapaz	4. April	10	Dutzende Arbeiter der Finca Canguachá
Laguna Larga, San Andrés Petén.	3. Juni	70	1400 PNC und 400 Soldaten
Las Maravillas und 15 de Enero, Finca Corral Blanco, San José, Escuintla.	3. August	300	1500 PNC
La Esperanza, Barberena, Santa Rosa	23. August	300	1500 PNC
Las Maravillas, Finca Corral Blanco, San José, Escuintla	6. September	30	300 PNC und private Wachleute
Cha'bil' Cho'ch in Livingston Izabal	30. Oktober	75	500 PNC
La Cumbre Chamché, Tactic, Alta Veapaz	1. November	25	100 PNC
Nuevo Semuy, Senahú, Alta Verapaz	3. November	18	300 PNC

Ein Beispiel für die Gewalt der Polizei gegen die indigene und mestizische Bevölkerung ist die Rolle, welche die PNC in den sozialen Konflikten rund um den Bergbau in Guatemala spielt. Im Fall des Widerstands der Zivilbevölkerung von Santa Rosa und Jalapa (zwei Departemente im Südosten Guatemalas), die sich gegen die Minenfirma San Rafael wehrt, spielte die PNC einen gewichtigen Part und war für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Die Minera San Rafael ist eine Tochterfirma des kanadischen Unternehmens Tahoe Resources Inc.

2013, als das Unternehmen die Bergbaulizenz erhielt, wurde eine grosse Kundgebung vor den Installationen der Mine (genannt Escobal) organisiert. Während der Kundgebung kam der Sicherheitschef des Unternehmens, Alberto Rotondo, aus dem Minengelände heraus und schoss mit einer Feuerwaffe in die Menge, wobei er sieben Protestierende verletzte, zwei von ihnen schwer. Die Polizei war anwesend, nahm den Schützen aber nicht fest. Es wurde angenommen, dass sie im Voraus über die Gewaltanwendung informiert worden war. Diese Annahme erhärtete sich, als Alberto Rotondo, nachdem er später festgenommen worden war, mit Hilfe von sechs Polizeibeamten fliehen konnte. Am 1. Juni 2017 wurden die Polizisten verurteilt – für eine Tat, die keine individuelle gewesen zu sein scheint, sondern Teil eines Systems der Zusammenarbeit zwischen dem privaten Sektor und den Sicherheitskräften.

Am 6. Juni 2017 liess sich die Bevölkerung aus Protest gegen das Verhalten der Polizei, und um

¹ <https://vocesdeiximulew.wordpress.com/2017/11/15/desalojos-un-elemento-del-escenario-que-le-espera-a-zeid-raad-al-hosseini-en-guatemala/>



*Präsenz der PNC vor dem Protestcamp in Casillas im Departement Santa Rosa.
6. Juni 2017*

dert Personen, darunter auch Kinder, mussten mit Vergiftungen ins Spital eingeliefert werden. Am 21. Juli wiederholte sich dasselbe Szenario, zudem wurden vier Personen von Beamten der PNC geschlagen.

Der Fall der Minera San Rafael ist nur ein Beispiel für die Gewaltanwendung durch die Polizei. Wie die Zusammenstellung oben zeigt, fanden in den letzten Monaten zahlreiche Zwangsräumungen und Vertreibungen von Menschen statt, die für den Staat «unbequem» sind. Doch zeigt es beispielhaft auf, dass eine enge Zusammenarbeit der politisch-wirtschaftlichen Kräfte und der Sicherheitskräfte besteht. Letztere stehen Ersteren zu Diensten und garantieren mit Zwang und Gewalt für deren Interessen.

Text und Fotos: Laura Kleiner und Tullio Togni (PWS)
Übersetzung aus dem Spanischen: Yvonne Joos (PWS)

ihre Rechte in Bezug auf die Umwelt und die Menschenrechte zu verteidigen, in einem friedlichen Protestcamp auf der Strasse zur Mine in Casillas, Santa Rosa, nieder. Am 22. Juni erliess der Oberste Gerichtshof ein Urteil, das die vorübergehende Suspension der Mine verfügte. Am gleichen Tag fuhr die Polizei im Protestcamp auf und räumte es gewaltsam, indem sie Tränengaspetarden

mitten in die Menge schoss und dabei zahlreiche Menschen verletzten. Rund hundert